

Zwischen Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und Solidarität im Zeitalter der Digitalisierung

Hannes Androsch*



In seinem Drama *Iphigenie auf Tauris* lässt Johann Wolfgang von Goethe seine Protagonistin sagen: „Ein unnütz Leben ist ein früher Tod“. Iphigenie beklagt damit ihr „tatenloses“ Leben, das sie als Priesterin der Diana zu leben hat und welches ihr als „nutzlos“ erscheint. Neben dem darin formulierten Gedanken, dass dem als sinnentleertes Leben empfundenen Dasein zumeist der lebenserhaltende Antrieb fehlt, bringt Iphigenie darüber hinaus aber auch zum Ausdruck, dass jeder Einzelne sich bemühen sollte, die ihm vom Leben aufgegebenen Aufgabe zu erkennen und zu erfüllen, und damit nicht zuletzt auch der Gemeinschaft, welcher er angehört, von Nutzen zu sein. Wer dies nicht tut, ist für sein soziales Umfeld und für die Menschheit insgesamt verloren, so als sei er vorzeitig verstorben.

Die hier aufgeworfene Frage nach den Aufgaben jedes Einzelnen als Teil einer Gemeinschaft stellt sich wohl seit Anbeginn der Menschheit, als die ersten Verbände bzw. Kleingruppen ihr Überleben zu sichern versuchten. Kein Wunder daher, dass auch die großen Religionen diesen Fragen breiten Raum widmen. So heißt es etwa bereits in der *Genesis* (2, 15), dass der Mensch in den Garten Eden gestellt wurde, „damit er ihn bebaue und hüte“. Das Paradies war – wie Thomas von

Aquin in seiner *Summa Theologica* erläuterte – folglich kein Ort des Müßiggangs; vielmehr war der Mensch selbst hier, im Zustand der Vollkommenheit, kein passives oder bequemes, sondern tätiges Wesen. Daraus kann abgeleitet werden, dass Arbeit nicht nur den Zweck der Überlebenssicherung hat, sondern zum Dasein als Mensch gehört, indem es als Mittel der Selbstverwirklichung dient, aber auch als immerwährende Quelle der Introspektion, also der Erkenntnis der eigenen Möglichkeiten und Grenzen. Erst nach dem Sündenfall und der daraus resultierenden Vertreibung aus dem Paradies wurde dem Menschen die Arbeit mit Mühsal und Anstrengung verbunden, wozu es in der *Genesis* (3, 19) heißt: „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen“.

Darüber hinaus aber wurden Arbeit und Leistung von jeher als soziale Verpflichtung betrachtet. So schrieb der Apostel Paulus in seinem *Zweiten Brief an die Thessalonicher* (3, 7-12): „Wir haben nicht unordentlich bei euch gelebt, haben auch nicht umsonst Brot von jemandem genommen, sondern mit Mühe und Plage haben wir Tag und Nacht gearbeitet, um keinem von euch zur Last zu fallen. [...] Wir wollten uns selbst euch zum Vorbild geben, damit ihr uns nachfolgt. Denn schon als wir bei euch waren, geboten wir euch: *Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen*. Denn wir hören, dass einige unter

* Unter Mitarbeit von Bettina Poller (Rat für Forschung und Technologieentwicklung).

euch unordentlich leben und nichts arbeiten, sondern unnütze Dinge treiben. Solchen aber gebieten wir und ermahnen sie in dem Herrn Jesus Christus, dass sie still ihrer Arbeit nachgehen und ihr eigenes Brot essen“.

Dieses Bibelzitat, welches später u.a. auch von August Bebel, dem Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Deutschland und selbst Unternehmer, in seiner einflussreichen Schrift *Die Frau und der Sozialismus* (1879) verwendet wurde („Der Sozialismus stimmt mit der Bibel darin überein, wenn diese sagt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“), zeigt die Ablehnung von Müßiggang und Faulheit im Christentum, indem es jedes Mitglied einer Gemeinschaft dazu auffordert, für sich selbst die Verantwortung zu übernehmen und den anderen nicht zur Last zu fallen. Die Anweisung, dass die Menschen keine „unnützen Dinge“ treiben, dafür jedoch „ihrer Arbeit“ nachgehen sollen, kann im Kontext ihrer Entstehung, d.h. der Zeit des Römischen Reichs mit weit verbreiteter Sklaverei, daher auch an jene gerichtet verstanden werden, die es – aufgrund ihres beispielsweise ererbten Reichtums oder anderer Umstände – gewohnt waren, andere für sich arbeiten zu lassen. In diesem Sinn verwendete es später, am Beginn des 19. Jahrhunderts, dann auch Henri de Saint Simon, nach dessen Vorstellungen, dargelegt in seinen Werken *Du système industriel* (1821) sowie *Catéchisme des industriels* (1824), Eigentum einzig auf Basis von eigener Arbeit begründet werden sollte. Nur die „Industriellen“ (*industriels*), d.h. die durch ihre Arbeit oder ihren Einfallreichtum Güter produzierenden oder Dienstleistungen anbietenden Individu-

en konnten seiner Ansicht nach nützliche Mitglieder der Gesellschaft sein, weshalb auch der Anteil des Einzelnen am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand nach seiner eingebrachten Leistung zu bemessen war. Die – nach Saint Simons Diktion – „parasitären“ Klassen wie der Adel, die Rentiers, aber auch Zwischenhändler aller Art mussten daher leer ausgehen, während sowohl die Unternehmer als auch die Arbeiter jeweils ihre angemessene Entlohnung erhalten sollten. Heute müsste man wohl auch noch den Finanzbereich, der zum Casino geworden zu sein scheint, hinzuzählen.

Neben bzw. nach den Religionen waren es vor allem die Philosophie und hierbei die lange zu ihr gehörenden Wirtschaftswissenschaften, die sich der Frage der Arbeit, ihres Nutzens und der notwendigen Leistung widmeten. Und wie zuvor bei den Hebräern, den antiken Griechen und den Christen gab es auch hier anfangs eine enge Verbindung zwischen Ökonomie und Ethik. Die moderne Ökonomie, so lässt sich zugespitzt formulieren, hat ihre Grundlegung in der schottisch-englischen Moralphilosophie des 18. Jahrhunderts: bei Adam Smith, David Hume und John Stewart Mill. Doch entgegen der weitverbreiteten Ansicht, wonach Adam Smith, der Begründer der klassischen Nationalökonomie, mit seinem Begriff der „unsichtbaren Hand“ zu Egoismus und Eigennutz aufrief, betonte er in seiner *Theorie der ethischen Gefühle* (1759) vielmehr: „Man mag den Menschen für noch so egoistisch halten, es liegen doch offenbar gewisse Prinzipien in seiner Natur, die ihn dazu bestimmen, an dem Schicksal anderer Anteil zu nehmen, und die ihm selbst die Glückseligkeit dieser anderen zum Bedürfnis

machen, obgleich er keinen anderen Vorteil daraus zieht, als das Vergnügen, Zeuge davon zu sein.“

Im zeitgleich aufkommenden Utilitarismus (*utilitas* = Nutzen, Vorteil) bekam jedoch der Gedanke des „Nutzens“ die überragende Bedeutung. Wenngleich Jeremy Bentham, der britische Philosoph und Begründer des klassischen Utilitarismus, vom „größten Glück der größten Zahl“ (*greatest-happiness-principle*) sprach – mit der inhärenten Problematik, dass hiermit beispielsweise Sklaverei gerechtfertigt werden kann, solange die Zahl jener, die davon profitieren, größer ist als jene, die darunter leiden –, und John Stuart Mill mit seiner

Form eines nicht-individualistischen Utilitarismus noch eine Ethik formulierte, laut der jeder dafür sorgen muss, den Nutzen

für das Ganze, also die Gemeinschaft, ja die Menschheit überhaupt, zu maximieren, wurde dennoch der Begriff des „Nutzens“ in der Folge zumeist hedonistisch auf den „ganz persönlichen Nutzen“, den es zu maximieren gilt, enggeführt.

In dieser engen Auslegung wurde der Utilitarismus zum moralischen Fundament des aufkommenden Industriezeitalters und des Kapitalismus. Ergänzt um den erstmals von Vilfredo Pareto in seinem *Manuale d'economia politica* (1906) verwendeten Begriff des „*homo oeconomicus*“ und die ihm zugrundeliegende Vorstellung des Menschen als „rationalem Nutzenmaximierer“ haben beide zusammen die ökonomische Vorstellungswelt nahezu bis ans Ende des 20. Jahrhunderts geprägt, erkennbar beispielsweise in der Aussage Milton Friedmans, des Wegbereiters des Monetarismus: „Das beste Mittel

zur Kontrolle von Kapitalisten sind andere Kapitalisten“. Dass inzwischen auch den sog. „*animal spirits*“ (John Maynard Keynes) und damit dem von Gefühlen, Wünschen oder ähnlichem beeinflussten, manchmal sogar irrationalen Verhalten des Menschen vermehrt Aufmerksamkeit gewidmet wird und sich diese sogar in der Vergabe der letzten vier Wirtschafts-nobelpreise an Vertreter der Verhaltensökonomie niederschlug, ist Hinweis auf eine längst überfällige Korrektur der Mainstream-Ökonomie.

Allerdings haben wir inzwischen Arbeit und Leistung ihrer tieferen ontologischen Bedeutung entkleidet und betrachten sie

Wir arbeiten und erbringen Leistungen vielfach nur noch deshalb, damit wir konsumieren können.

beinahe nur noch als reinen Konsumnutzen; wir arbeiten und erbringen Leistungen vielfach *nur* noch deshalb, damit wir konsu-

mieren können. Und das liberale Ideal des mündigen, selbstbestimmten Menschen, welches Mill im „aktiven Staatsbürger“ verwirklicht sah, und das sich durch Eigenverantwortung auszeichnen sollte – wie später, in den 1970er Jahren, auch Willy Brandt und Helmut Schmidt durch den Verweis auf die Notwendigkeit von Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Eigenvorsorge betonten –, wurde zunehmend pervertiert, indem „Eigenverantwortung“ vielfach nicht mehr als Bereitschaft betrachtet wird, für das *eigene Handeln* Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu übernehmen, sondern einzig als Verantwortung für das *eigene Wohlergehen* – ein Umstand, der sich zuletzt in der Finanzkrise 2008 am Verhalten so mancher Bankmanagers beobachten ließ.

Karl Marx, der große Analyst und Kritiker des Kapitalismus, fand das Nutzwert-

Prinzip dieses Wirtschaftssystems unmenschlich. In seinem Hauptwerk *Das Kapital* (1867) formulierte er die Ansicht, dass Lohnarbeit, auf der die kapitalistische Wirtschaft beruht, den Menschen von seiner Arbeit „entfremde“, wenn diese wie eine Ware behandelt wird, und dass der Keim zur Selbstverwirklichung des Menschen in der schöpferischen Arbeit liege. Daher sollte der Mensch auch nicht für den Nutzwert seiner Arbeit entlohnt werden, sondern nach der von ihm erbrachten Leistung. Entsprechend spielte das Leistungsprinzip auch im „realexistierenden Sozialismus“ eine bedeutende Rolle. So hieß es etwa in der *Verfassung der Sowjetunion von 1936*, der sog. „Stalin-Verfassung“, in Art. 12: „Die Arbeit ist in der UdSSR Pflicht und eine Sache der Ehre eines jeden arbeitsfähigen Bürgers nach dem Grundsatz: ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen‘. In der UdSSR

gilt der Grundsatz des Sozialismus: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung‘“. Hiermit wurde der Zusammenhang zwischen dem Recht auf Arbeit einerseits und der Pflicht jedes Bürgers zur Arbeit andererseits betont. Was der Einzelne für die Gesellschaft leistete, sollte das Maß der Anerkennung seiner Arbeit durch die Gesellschaft bestimmen. Angemerkt muss hier noch werden, dass Marx in seiner *Kritik des Gothaer Programms* (1875) als Grundsatz des Kommunismus formuliert hatte: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen *Bedürfnissen!*“

Sowohl Marx als auch Saint Simon waren sich neben der Betonung des Leistungsgedanken darüber hinaus auch der Bedeutung von Solidarität bewusst,

wenngleich vor dem Hintergrund, dass immer nur das verteilt werden kann, was zuvor auch erarbeitet wurde. In diesem Sinn formulierte dann auch die SPÖ ihr Programm von 1968, das unter dem Titel „Leistung – Aufstieg – Sicherheit“ einen neuen Aufbruch ermöglichen sollte und in der Zeit der SPÖ-Alleinregierung von 1970 bis 1983 auch zur Grundlage einer umfassenden Modernisierung, im wirtschaftlichen ebenso wie im gesellschaftlichen und politischen Bereich, wurde. Und so erinnert man sich dieser Periode zur Recht vor allem wegen der bedeutenden Wohlstandszunahme in unserem Land.

Der Tatsache, dass Leistungsprinzip und Wohlfahrtsstaat zusammengehören, waren sich im Übrigen nicht nur die Sozialdemokraten bewusst. Denn Solidarität ist die Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt einer Gesellschaft, wie bereits der römische Philosoph

Seneca erklärt hat: „Die menschliche Gesellschaft gleicht einem Gewölbe, das zusammenstürzen müsste, wenn sich nicht die einzelnen Steine gleichzeitig stützen würden“. Daher spielen die Begriffe Barmherzigkeit und Nächstenliebe auch bei den großen monotheistischen Religionen die zentrale Rolle. Im *Alten Testament* heißt es etwa: „Der Gerechte weiß um die Sache der Armen“ (Sprüche 29, 7), und im *Neuen Testament* finden sich neben der Erzählung vom barmherzigen Samariter im Lukas-Evangelium auch die Aufforderungen „Seid barmherzig, wie es auch euer Vater ist“ (6, 36) sowie „Gebet, und es wird euch gegeben“ (6, 38). Auch der *Koran* misst der Barmherzigkeit den höchsten Stellenwert zu, wenn dort steht: „Er (Allah) hat sich

Der Tatsache, dass Leistungsprinzip und Wohlfahrtsstaat zusammengehören, waren sich im Übrigen nicht nur die Sozialdemokraten bewusst.

selbst der Barmherzigkeit verschrieben“ (6. Sure, Vers 12). Dabei sind Nächstenliebe und Barmherzigkeit bzw. *misericordia* nicht einfach mit „Mitleid“ gleichzusetzen, sondern bedeuten den aktiven, tatkräftigen Einsatz für die Armen und Ausgegrenzten, um die soziale Balance zu gewährleisten.

Doch während sich Barmherzigkeit und Nächstenliebe früher durch Wohltätigkeit und Almosen realisierten, musste mit der Industriellen Revolution und dem damit verbundenen Aufkommen der „sozialen Frage“ auch Solidarität neu definiert werden. Während Karl Marx seine Vorstellungen dazu im *Kommunistischen Manifest* (1848) formulierte, versuchte der als „eiserner Kanzler“ bezeichnete Otto von Bismarck bereits ab 1883 den drohenden sozialen Unruhen mit mehreren Sozialgesetzen zu begegnen. Und auch die Katholische Kirche nahm unter dem Eindruck der zunehmenden Schärfe des Konflikts zwischen Sozialismus und Liberalismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts dazu Stellung. Unter Papst Leo XIII., der auch als „Arbeiterpapst“ in die Geschichte einging, veröffentlichte sie 1891 die Enzyklika *Rerum Novarum*, in der sie „das freie Spiel der Kräfte“ als gescheitert betrachtet und sich u.a. für staatliche Sozialpolitik ausspricht, darüber hinaus aber sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber an ihre Pflichten und Rechte zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit erinnert. 1931 legt sie dann in Anbetracht der Weltwirtschaftskrise und der hohen Anzahl an Arbeitslosen in ganz Europa und den USA unter Papst Pius XI. mit der Enzyklika *Quadragesimo Anno* (bzw. „im vierzigsten Jahr“ nach *Rerum Novarum*) ihre Bekräftigung von Sozialreformen und allgemeiner Wohlfahrt vor

– basierend auf dem Prinzip der Subsidiarität.

Doch letztlich führten erst die Erfahrungen von zwei Weltkriegen, Weltwirtschaftskrise, der Bolschewistischen Revolution in Russland und der späteren Ausbreitung des kommunistischen Machtbereichs dazu, dass tatsächliche Anstrengungen im Kampf für die von US-Präsident Franklin D. Roosevelt 1941 formulierten „vier Freiheiten“, zu denen er Freiheit von Not und Freiheit von Furcht zählte, bzw. gegen die, wie der Ökonom Sir William Henry Beveridge sie nannte – „fünf bösen Riesen“, nämlich Not, Krankheit, Elend, Arbeitslosigkeit und Unwissenheit, aufgenommen wurden. Der von letzterem erstellte sog. *Beveridge Report* (1942) bildete im Übrigen die Grundlage für den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme in Großbritannien.

Mit Recht ist die Schaffung des Wohlfahrtsstaates als Ausdruck gesicherter Solidarität als eine der größten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts und bedeutendster Erfolg der Sozialdemokratie bezeichnet worden – und dies nicht nur in Österreich. Ob damit, wie Ralf Dahrendorf 1992 meinte, auch die historische Mission der Sozialdemokratie erfüllt sei, muss jedoch hinterfragt werden, umso mehr, als unter den gegenwärtigen demografischen Entwicklungen der Sozial- und Wohlfahrtsstaat immer schwieriger zu erhalten ist. Umso wichtiger ist es daher, dass man unter den Bedingungen alternder Gesellschaften und des demografischen Wandels geburtenschwächere nachkommende Jahrgänge seine Finanzierung sicherstellt. Und gerade deshalb darf sich Solidarität aber auch nicht nationalstaatlich beschränken, sondern muss

in einer globalisierten Welt auch global gelebt werden – eine Forderung, die zugegebenermaßen nicht immer leicht verständlich gemacht werden kann und oftmals Opfer demagogischer Agitation ist.

Daneben aber – und als Ergebnis und Notwendigkeit von Kapitalismus und Marktwirtschaft – gilt heute das Leistungsprinzip als die tragende Säule unserer Wirtschaft, wonach jeder nach Maßgabe seiner erbrachten Leistungen honoriert bzw. entlohnt wird. Leistung definiert sich dabei entweder als Maß der Erfüllung von Zielvorgaben oder als die Menge der Arbeit in einer Zeiteinheit. In der Realität jedoch spielt der Nutzen, den die erbrachte Leistung hat, die entscheidende Rolle bei der Entlohnung. Der utilitaristischen Grundüberzeugung folgend, wonach es

der Nutzwert einer Arbeit ist, die ihren Marktwert bestimmt, ist es auch heute zumeist weniger die tatsächliche Leistung

als vielmehr der erwartete Nutzen, der bei der Kalkulation der Entlohnung die entscheidende Rolle spielt. Ulf Posé, Sprecher des Ethikrates der Unternehmen, brachte dies anhand zweier Beispiele auf den Punkt: 1.) Wenn etwa ein Arbeiter zehn Glühbirnen in der Stunde herstellt, kann der Unternehmer ihm nur so viel Geld geben, als der Markt dafür hergibt. Sinken die Preise für Glühbirnen, muss der Arbeiter mehr Glühbirnen in der Stunde herstellen, damit er immer noch den gleichen Lohn erhält – und dies, obwohl er mehr geleistet hat. 2.) Ein Versicherungsfachmann erhält für den Abschluss einer Lebensversicherung eine höhere Provision als für den Abschluss einer Haushaltsversicherung, unabhängig davon, wie viel

Leistung im jeweiligen Vertragsabschluss steckt. Die Provision richtet sich nämlich ausschließlich nach dem Nutzen des abgeschlossenen Vertrages für die Versicherungsgesellschaft.

Letztlich sind sowohl Nutzen als auch Leistung zwangsläufig immer wieder Thema und Ergebnis gesellschaftlicher Aus- und Verhandlung, abhängig nicht nur von den Marktbedingungen, sondern auch den bestehenden Kräfteverhältnissen, durch welche definiert wird, was als Leistung bzw. Nutzen gelten kann – und auch, was sie wert sind. Hierin zeigt sich auch, dass ökonomisches Denken immer im Spannungsfeld zwischen Nutzen und Moral steht. Was uns nun aber im angebrochenen Zeitalter der Digitalisierung und Roboterisierung darüber hinausgehend

Hierin zeigt sich auch, dass ökonomisches Denken immer im Spannungsfeld zwischen Nutzen und Moral steht.

bevorsteht, ist die völlige Neubewertung von Nutzen/Leistung der menschlichen Arbeitskraft – und damit auch der Fragen

von Eigenverantwortung und Solidarität. Während sich Leistung bisher definierte als ein *von Menschen* durch Energieaufwand erbrachtes materielles oder ideelles Produkt, für welches diese als Gegenleistung ihr Arbeitsentgelt erhielten, dessen Höhe sich am Marktwert des Produkts bemaß, stellt sich die Frage, wie Leistungen beurteilt und bewertet werden können, wenn sie beispielsweise von Daten in Form selbstlernender Algorithmen – Stichwort „künstliche Intelligenz“ – oder von Robotern erbracht werden, die die Aufgaben der Menschen übernehmen.

Dass im Zuge dieser Entwicklungen sicher viele Arbeitsprofile wegfallen, ist unbestritten; gleichzeitig aber werden neue, hochwertige und wohl auch bes-

ser bezahlte Berufsbilder entstehen. Den Schwierigkeiten, die vor allem die Transformationsphase mit sich bringen wird, kann nicht so sehr mit einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ begegnet werden als vielmehr mit entsprechenden Angeboten in der Bildung, Aus- und Weiterbildung. Die noch in ihren Anfängen stehende und daher in ihren Konsequenzen noch nicht wirklich absehbare Digitalisierung und

Roboterisierung wird unsere gesamte Lebenswelt verändern, zuvorderst aber unsere Arbeitswelt und mit ihr auch unser Wirtschaftssystem. Damit stellen sich viele Fragen in neuer Form: Fragen der Arbeitsverteilung, Fragen der Besteuerung, etwa für Daten, bis hin zu Fragen der Solidarität für jene, die ohne eigenes Verschulden nicht an den Entwicklungen teilnehmen können.